

Dringlichkeitsantrag des Landesvorstandes zum Landesparteitag am 17. November:

Der Landesparteitag Die Linke Schleswig-Holstein möge beschließen:

Nach der Ampel links: Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit!

Die Ampel war vom ersten Tag an eine Fehlkonstruktion: Ökologische und soziale Ziele sind mit Marktradikalen nicht erreichbar. Unsere Schwäche hat eine Mehrheit im Bundestag für die Reformen, die notwendig gewesen wären, unmöglich gemacht: Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, Bürgerversicherung statt Klassenmedizin, Mietendeckel, Klimageld und einen handlungsfähigen Staat, der die Infrastruktur erhält.

Alle diese Probleme blieben liegen. Die Rechte und die bürgerliche Mitte suchten nach Sündenböcken: Menschen, die nach Europa fliehen, um ihr Leben zu retten, sollten schuld an der Misere sein!

Der Rassismus hat in den letzten Jahren einen furchtbaren Aufschwung erlebt. Faschist*innen träumen von Deportationen und die bürgerliche Mitte von CDU bis GRÜNEN wetteifert darum, wer die grausameren und umfassendsten Abschiebepläne und Lagersysteme beschließt.

Weitere Sündenböcke sind Menschen in Armut, denen viele Politiker*innen nicht einmal mehr das Existenzminimum zugestehen. Aus dem Ampel-Vorzeigeprojekt Bürgergeld ist ein weiteres Diskriminierungs- und Gängelungsinstrument geworden.

Für uns ist klar: So kann es nicht weitergehen! Wir treten ein gegen den Hass! Wir treten dafür ein, die Probleme unserer Gesellschaft zu lösen!

Uns erwartet ein kurzer, aber heißer Winterwahlkampf. Wir werden unseren Fokus in den Städten Schleswig-Holsteins auf den Kampf für einen bundesweiten Mietendeckel, eine Erhöhung des Mindestlohns auf 15€ und Steuergerechtigkeit legen. Dafür gehen wir an die Haustüren, auf die Straßen und in die Podien.

In der Fläche wollen wir mit unserem Kampf für eine Mobilität für alle und eine antifaschistische Wirtschaftspolitik punkten. Das Deutschlandticket muss gegen die Angriffe von FDP und CDU verteidigt und weiterentwickelt werden: Mobilität muss für alle bezahlbar und verfügbar sein! Langfristig soll die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel kostenfrei sein. Mit massiven Investitionen in die Infrastruktur und klaren Normen zur Umgestaltung der Wirtschaft wollen wir dem Strukturwandel begegnen und die Grundlage für gute Arbeit legen. Zentral wird der Kampf für ein Bundestariftreuegesetz, um Tarifbindung und die betriebliche Mitbestimmung zu stärken.

Unsere Partner*innen in der Zivilgesellschaft, den Gewerkschaften und den Sozialverbänden rufen wir auf, gemeinsam mit uns den Sozialstaat gegen die Angriffe aus der Mitte und von rechts zu verteidigen.

Die kommende Bundesregierung wird konservativ und neoliberal geprägt sein. Sie wird keines der drängenden Probleme lösen, sondern verschärfen. Sie wird weiterhin Sündenböcke brauchen, um von Misswirtschaft abzulenken. Sie wird den Faschist*innen Argumente liefern, sie stärker machen, sie als einzige Alternative zum „weiter so“ erscheinen lassen. Darum braucht es im Parlament eine linke Opposition, die echte Lösungen benennt – eine solidarische Stimme für die Rechte aller Menschen, für gerechten Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und Frieden.

Veränderung beginnt mit Opposition. Wir sind bereit!